



Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte Deutschland e.V.
Im Einsatz für Menschenrechte

KVPM Deutschland e.V. o Beichstraße 12 o 80802 München

Vorab per Mail: sekretariat@dgppn.de

An den Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie,
Psychosomatik und Nervenheilkunde e. V. (DGPPN)
Prof. Dr. med. Thomas Pollmächer sowie an den President Elect DGPPN
Prof. Dr. med. Andreas Meyer-Lindenberg
Reinhardtstraße 29
10117 Berlin

*„ ... Zwang ist in den psychischen Gesundheitssystemen verankert, auch in der
Berufsausbildung und Fortbildung, und wird durch nationale Gesetze zur psychischen
Gesundheit und andere Gesetzgebung noch untermauert.“*

Weltgesundheitsorganisation, Juni 2021

**Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Vereinte Nationen (UN)
verurteilen die Zwangspsychiatrie - DGPPN Kongress muss über seine
Maßnahmen zur Abschaffung jeglicher Zwangs-„Behandlung“ (Folter) berichten
und die Theorie des chemischen Ungleichgewichts als Ursache für psychische
Störungen formell als betrügerisch verurteilen.**

OFFENER BRIEF

Berlin, den 22.11.2022

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Pollmächer,
Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Meyer-Lindenberg,

Die Citizens Commission on Human Rights (CCHR) ist eine internationale
Menschenrechtsorganisation, die vor 53 Jahren gegründet wurde, um Verstöße in der
Psychiatrie aufzudecken und Missstände im psychiatrischen System zu beheben. In
Deutschland ist die CCHR als Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte (KVPM) bekannt. Die erste KVPM wurde 1972 in München gegründet.
Neben der KVPM Deutschland e.V. gibt es weitere Ortsgruppen in deutschen Städten.

KVPM Deutschland e.V. o Beichstraße 12 o Nebeneingang o 80801 München o Tel: (089) 273 03 54

E-mail: info@kvpm.de o websites: www.kvpm.de o www.einsatzfuerkinder.de o www.cchr.org

Die deutsche KVPM wurde 1972 von Mitgliedern der Scientology Kirche gegründet

Die CCHR und die KVPM verurteilen alle erzwungenen psychiatrischen Übergriffe, bei denen z.B. Antidepressiva zum Einsatz kommen, Antipsychotika, eine Kombination aus beidem oder die Elektrokrampftherapie (EKT) - eine Zwangspraxis, die nach Ansicht der Vereinten Nationen Folter darstellt. Wir fordern die DGPPN auf, sich der Abschaffung von Zwangspraktiken zu verpflichten und offiziell die unbewiesene Theorie zu verurteilen, dass ein chemisches Ungleichgewicht im Gehirn Depressionen oder anderen psychiatrische Störungen verursache. Eine fortgesetzte Weitergabe dieser haltlosen Theorie an Patient:innen würde deren Recht auf informierte Zustimmung verletzen und einen Betrug am Verbraucher darstellen.

Dieser Marketing-Schwindel wird seit über 30 Jahren im Bereich der psychischen Gesundheit ausgenutzt und wurde kürzlich von Forschern des University College London (UCL) in einer in der Zeitschrift *Molecular Psychiatry* veröffentlichten Studie gründlich widerlegt. Die Forscher überprüften wichtige Studien, die in den letzten Jahrzehnten veröffentlicht wurden, und fanden keine überzeugenden Beweise für die Theorie, dass ein chemisches Ungleichgewicht psychische Störungen verursache. Wie einer der Forscher erklärte, ist diese irreführende Situation entstanden, weil sie den Interessen der Psychiatrie und Pharmaindustrie dient. *„Wir sind der Meinung, dass Patienten nicht gesagt werden sollte, dass Depressionen durch einen niedrigen Serotoninspiegel oder ein chemisches Ungleichgewicht verursacht werden. Und man sollte ihnen nicht weismachen, dass Antidepressiva funktionieren, weil sie auf diese unbewiesenen Anomalien abzielen“*, so der Forscher.

Eine Weitergabe derartiger Fehlinformationen an Patienten hindert diese daran, eine fundierte Entscheidung zu treffen und hat bereits dazu geführt, dass viele Millionen Menschen Antidepressiva oder andere Psychopharmaka mit schädigenden Nebenwirkungen einnehmen, in dem Irrglauben, diese würden etwas *„korrigieren“*, das einfach nie existiert hat. Die DGPPN sollte eine formelle Erklärung herausgeben, mit der sie diese Theorie verurteilt und ihre Mitglieder darauf hinweist, dass eine fortgesetzte Beratung von Patienten über diesen Mythos zu einem Rechtsstreit wegen versuchten Betrugs an Verbrauchern führen könnte.

Im WHO-Bericht heißt es, dass jahrzehntelanger psychiatrischer Zwang zu *„physischen und psychischen Schäden und sogar zum Tod“* geführt hat, und die Länder sicherstellen müssen, dass das Recht auf Verweigerung der Behandlung respektiert wird.

Im Jahr 2020 gab die World Psychiatric Association (WPA) eine Stellungnahme mit dem Titel heraus *„Umsetzung von Alternativen zu Zwang“*, in der anerkannt wird, dass Zwang in der Psychiatrie seit langem umstritten ist und gegen die Rechte der Patienten verstößt, einschließlich der Verletzung des Rechts auf Freiheit; Autonomie; Freiheit von Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung ...

Am 10.09.2018 veröffentlichte die DGPPN eine S3 Leitlinie zur *„Verhinderung von Zwang: Prävention und Therapie aggressiven Verhaltens bei Erwachsenen“*, bei der es in der Präambel u.a. heißt: *„Eingedenk der Gewalt und des Unrechts, die psychisch erkrankten Menschen im Namen der Psychiatrie und durch in der Psychiatrie Tätige in der Vergangenheit angetan worden sind, muss dem professionellen Umgang mit aggressivem Verhalten heute unsere besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt gelten, um Zwangsmaßnahmen entbehrlich zu machen. Diesem Ziel dient die vorliegende Leitlinie.“*

Dennoch dulden und praktizieren Psychiater weiterhin den unfreiwilligen Einsatz von Psychopharmaka und anderen Behandlungen.

Beim DGPPN Kongress 2022 unter dem Motto *"Ethik, Recht und psychische Gesundheit"*, geht es erneut um Zwangsvermeidung (z.B. am 23.11.2022, 15.30 PR-01 Ethikberatung in Psychiatrie und Psychotherapie sowie Samstag, 26.11.2022 10:15 PR-04 Zwangsvermeidung – zum rechtlichen Rahmen im deutschsprachigen Raum).

Die DGPPN muss ihre Absichtserklärung, Zwang zu vermeiden, bekräftigen und berichten, welche Maßnahmen innerhalb der DGPPN und von ihren Mitgliedern ergriffen wurden, um Zwangsbehandlung von Patienten vollständig abzuschaffen.

Bereits 2018 wurden die Regierungen in einem Bericht des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen über *„Geistige Gesundheit und Menschenrechte“* dazu aufgerufen, psychiatrische Zwangsbehandlung, einschließlich Elektrokonvulsionstherapie (EKT) *„als Praktiken zu erkennen, die Folter oder eine andere unmenschliche oder degradierende Behandlung oder Bestrafung darstellen ...“*

Quelle: Jahresbericht des UN-Hochkommissars für Menschenrechte sowie Berichte des Hochkommissariats und des Generalsekretärs, UN-Menschenrechtsrat, 10. - 28. Sept. 2018, S. 14, Punkt 46

Darüber hinaus wurde nun auch die Theorie des chemischen Ungleichgewichts als Ursache für psychische Störungen widerlegt. Es interessiert uns, welche Maßnahmen die DGPPN ergreifen wird, um zu unterbinden, dass diese irreführenden Behauptung weiterhin von DGPPN-Mitgliedern bei der Behandlung von Patienten verwendet wird.

Wir freuen uns darauf, davon zu hören.

Mit freundlichen Grüßen.



Bernd Trepping
Vorstand KVPM Deutschland e.V.



Nicola Cramer
Vorstand KVPM Deutschland e.V.